

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Jan Korte, Anke Domscheit-Berg, Dr. André Hahn, Gökyak Akbulut, Clara Bünger, Nicole Gohlke, Ina Latendorf, Cornelia Möhring, Petra Pau, Sören Pellmann, Martina Renner, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Gruppe Die Linke

Schutz und Resilienz der Kulturszene – Abwehrstrategien gegen rechte Angriffe

In den letzten Jahren kam es in Deutschland vermehrt zu rechtsmotivierten Angriffen auf kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen. Diese Angriffe umfassen Bedrohungen und Übergriffe auf Einzelpersonen und Organisationen, die sich aktiv gegen rechte Ideologien einsetzen. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund eines allgemeinen Anstiegs rechtsmotivierter Gewalt zu sehen. Im Jahr 2023 stiegen die rechtsmotivierten Straftaten deutlich um 23,21 Prozent auf 28 945 Fälle an, was fast die Hälfte aller polizeilich registrierten politisch motivierten Straftaten ausmacht (vgl. www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMKZahlen2023.html#:~:text=Die%20Aufkl%C3%A4rungsquote%20politisch%20motivierter%20Straftaten,%3A%2067%2C72%20Prozent).

Bildungseinrichtungen und kulturelle Veranstaltungen werden zunehmend zum Ziel solcher Angriffe. Dies verdeutlicht, dass die Täterinnen und Täter sich durch die wachsende Akzeptanz rechtsextremer Positionen in der Gesellschaft ermutigt fühlen und versuchen, ein Klima der Angst zu schaffen. Die Süddeutsche Zeitung dokumentierte bereits im August 2019 eine Chronik rechter Gewalt gegen Kulturschaffende und kulturelle Institutionen, die Fälle wie Störungen von Kunstausstellungen und Theateraufführungen, Brandanschläge, Sachbeschädigungen, Morddrohungen und versuchte Körperverletzungen sowie Hassmails umfasst (vgl. www.sueddeutsche.de/kultur/afd-kulturpolitik-rechtsextremismus-gewalt-1.4578106). Zwei Jahre später wurde diese Liste um weitere Fälle ergänzt, die zeigen, dass rechte Gewalt gegen die Kulturszene eine anhaltende Bedrohung darstellt (vgl. www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/afd-neonazis-neue-rechte-strategien-gegen-die-kunst-e837476/?reduced=true).

Die Vielzahl rechtsextremer Angriffe auf die Kulturszene zeigt nach Ansicht der Fragestellenden, dass es sich nicht um Einzelfälle, sondern um eine gezielte Strategie handelt. Bereits 1985 formulierte Alain de Benoist in „Kulturrevolution von rechts“ das Ziel, antiegalitäre und rassistische Ideologien salonfähig zu machen und die gesellschaftliche Hegemonie zu erlangen. Als Reaktion auf diese Übergriffe formierten sich Bündnisse wie „Die Vielen“, um Solidarität zwischen Kulturinstitutionen zu fördern und gemeinsam gegen rechtsextreme Politik vorzugehen. Weitere Zusammenschlüsse wie das Netzwerk „Film+Demokratie“ in der Filmbranche folgten diesem Beispiel, um sich zu solidarisieren und Schutzmechanismen zu entwickeln.

Rechtsextreme Angriffe bedrohen nicht nur individuelle Kulturschaffende, sondern auch die grundgesetzlich garantierte Kunstfreiheit und damit die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft. Die Kunstfreiheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Meinungsfreiheit. Angriffe auf diese Freiheit führen zu einem Klima der Einschüchterung und Angst, dass die demokratische Kultur insgesamt gefährdet. Insbesondere kritische und progressive Kunst wird durch solche Angriffe abgewertet und marginalisiert.

Ein aktuelles und anschauliches Beispiel, wie politische Einflussnahme einschüchtert und schließlich zu Programmänderungen führt, zeigt das Kinder- und Jugendtheater „Burattino“ im erzgebirgischen Stollberg. Das Jugendtheater inszenierte ein Stück über die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ mit Bezügen zur Gegenwart. In einer darauffolgenden Auseinandersetzung ging es um eine angebliche „linksradikale Indoktrination“. Um weiteren Angriffen vorzubeugen, sah sich die Theaterleitung schließlich gezwungen, in die Inszenierung einzugreifen (vgl. www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/chemnitz-stollberg/theater-burattino-kritik-afd-weisse-rose-kultur-news-102.html; www.zeit.de/2024/31/die-weisse-rose-burattino-theater-rechtsextremismus-afd-sachsen).

Auch im europäischen Ausland wie in Italien zeigt sich, wie rechte Politikerinnen und Politiker in Regierungspositionen die Kulturszene angreifen und nach ihren Vorstellungen umgestalten. Dies geschieht etwa durch die Unterbindung der Finanzierung und Unterstützung von Projekten und Institutionen, die ihren politischen Überzeugungen widersprechen, sowie durch die Besetzung von Leitungsebenen mit ideologisch nahestehenden Personen, um eine bestimmte kulturelle Linie zu fördern (vgl. www.deutschlandfunk.de/der-angriff-der-rechten-auf-die-demokratie-100.html).

Die Zunahme rechtsextremer Angriffe auf den Kulturbetrieb stellt eine bedrohliche Entwicklung dar, die nicht nur den kulturellen Sektor gefährdet, sondern auch grundlegende demokratische Werte in unserer Gesellschaft. Auch wenn Kultur und Gefahrenabwehr grundsätzlich in die Zuständigkeit der Länder fallen, ist aus Sicht der Fragesteller aus mehreren Gründen auch der Verantwortungsbereich des Bundes betroffen. Zum einen ist der Schutz der Meinungs- und Kunstfreiheit sowie der kulturellen Vielfalt in Deutschland eine gesamtstaatliche Aufgabe, für die der Bund zuständig ist. Zum anderen sind rechtsextremistische Übergriffe häufig Ausdruck einer umfassenderen Problematik, die nicht an Ländergrenzen halt macht und daher eine bundesweite Koordinierung und Maßnahmen erfordert. Die Bekämpfung rechtsextremer Strukturen und Netzwerke sowie der Schutz gefährdeter Einrichtungen und Personen müssen daher auf Bundesebene strategisch angegangen werden und erfordern eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hält die Bundesregierung die bisherigen Schutzvorkehrungen für Kulturinstitutionen gegen rechtsmotivierte Angriffe für ausreichend?
2. Welche spezifischen Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits ergriffen, um Kulturinstitutionen und Kulturschaffende besser vor rechten Angriffen zu schützen?
3. Hat die Bundesregierung das Thema in Bund-Länder-Gremien beraten, wenn ja, wann geschah dies mit welchem Ergebnis, und wenn nein, warum nicht?
4. Welche spezifischen Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Kulturinstitutionen und Kulturschaffende besser vor rechten Angriffen zu schützen?

5. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um sicherzustellen, dass die Finanzierung von Kulturprojekten und Institutionen nicht durch politische Einflussnahme gefährdet wird?
6. Gibt es seitens der Bundesregierung und gegebenenfalls der Länder Pläne, die Unterstützung für Kulturprojekte zu erhöhen, die sich gegen rechte Ideologien engagieren?
7. Dokumentiert die Bundesregierung die Anzahl und Art der rechtmotivierten Angriffe auf die Kulturszene, und wenn ja, in welcher Form, und wenn nein, und warum nicht?
8. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Erfassung und Auswertung von rechtmotivierten Straftaten gegen Kulturinstitutionen zu verbessern?
9. Wie unterstützt die Bundesregierung Netzwerke und Bündnisse – wie z. B. „Die Vielen“ – im Kampf gegen rechte Angriffe auf die Kulturszene?
10. Welche Kooperationen bestehen zwischen der Bundesregierung und Kulturinstitutionen zur Stärkung der Resilienz gegenüber politischen Angriffen?
11. Welche Initiativen gibt es seitens der Bundesregierung zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Kulturschaffenden über die Gefahren rechtsextremer Ideologien und deren Auswirkungen auf die Kultur?
12. Wie unterstützt die Bundesregierung Bildungsprogramme, die sich mit dem Schutz der Kunstfreiheit und der Widerstandsfähigkeit gegen rechtsextreme Angriffe befassen?
13. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass politische Einflussnahme auf die Kulturpolitik transparent und frei von ideologischen Motiven erfolgt?
14. Welche Strategien verfolgt die Bundesregierung, um die Unabhängigkeit von Kulturinstitutionen gegenüber politischen Einflussnahmen zu gewährleisten?
15. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus internationalen Erfahrungen im Umgang mit rechtsextremen Angriffen auf die Kulturszene und wie werden diese Erkenntnisse in Deutschland angewendet?
16. Wie koordiniert die Bundesregierung ihre Maßnahmen zum Schutz der Kulturszene im internationalen Kontext?
17. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Maßnahmen zur Überprüfung der politischen Gesinnung und der Verfassungstreue im Zusammenhang mit Kulturförderung die Widerstandsfähigkeit gegen rechte Kampagnen eher stärken oder schwächen?

Berlin, den 5. August 2024

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Gruppe

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.